

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Schulz, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/1701 –**

Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Drittstaaten

Vorbemerkung der Fragesteller

Aufgrund der wirtschaftlichen Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise und der dadurch entstandenen globalen Lieferengpässe und des gegenwärtigen Ukraine-Krieges, dessen Folgen für die deutsche Wirtschaft noch nicht abgeschätzt werden können, sind nicht nur die Energiepreise in eine für die Verbraucher (private als auch Industrie und Handelsunternehmen) inakzeptable Höhe gestiegen, sondern auch die Rohstoffpreise. Tatsächlich führt vor allem der Ukraine-Krieg Deutschland deutlich vor Augen, dass die deutsche Wirtschaft ebenso wie die deutsche Gesellschaft von Rohstoffen und Wirtschaftsgütern vor allem aus der Russischen Föderation, der Ukraine, aus China und anderen Drittstaaten stark abhängig ist.

Deutschland bezieht von seinem wichtigsten Handelspartner, der Volksrepublik China, vor allem Rohstoffe und Handelsgüter für Industrie und Handelsunternehmen, die die deutsche Wirtschaft dringend benötigt (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/02/PD22_068_51.html). Vor allem Spezialmetalle (z. B. Kobalt, Nickel, Lithium oder Seltene Erden wie Yttrium) werden maßgeblich in der deutschen Industrie verarbeitet und weiterverarbeitet und sind nach Ansicht der Fragesteller aufgrund der gegenwärtigen Umstände und Engpässe als Mangelware und wirtschaftlicher Hemmschuh anzusehen (vgl. dazu <https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt-vom-20-maerz-2022-100.html>, ab Minute 18.00). Vor allem die als Beispiel genannten Spezialmetalle sind maßgeblich und als ausschlaggebend für die Umsetzung der von der Bundesregierung forcierten Energiewende anzusehen (ebd.).

Als Beispiel für weitere Spezialmetalle in der deutschen Industrie sind vor allem auch Magnesium oder Silizium zu nennen. Deutschland als auch Europa sind besonders stark von Magnesiumausfuhren aus der Volksrepublik China abhängig, weil diese bis zu 95 Prozent des Magnesiumbedarfs in Europa decken (<https://www.recyclingmagazin.de/2021/11/03/versorgung-mit-metalle-n-wird-schwieriger/>). „Magnesium steht seit 2017 auf der Liste der kritischen Rohstoffe der EU. Die Europäische Kommission hatte dies im September 2020 nochmals bekräftigt. Politisch-strategische Überlegungen und Maßnahmen zur Sicherstellung des Lieferflusses blieben bislang jedoch aus“ (ebd.). Aufgrund der weltweiten Verknappung der Rohstoffe (Metalle) sind vor allem im Hinblick auf die Magnesiumimporte bereits Rekordpreise auf den inter-

nationalen Börsen für solche Metalle zu bezahlen (ebd.). Dieser Umstand führt nach Ansicht der Fragesteller zu einer weltweiten Marktverzerrung und zu einer weiteren starken Beeinträchtigung der Lieferketten. Inzwischen meldet die verarbeitende Industrie erste Produktionsdrosselungen aufgrund des Magnesiummangels, der, nach Ansicht der Fragesteller, durch den Ukraine-Krieg und dessen unabsehbaren Folgeerscheinungen, weiter befeuert wird (ebd.).

Die ausgesprochenen Drohungen der USA gegenüber chinesischen Unternehmen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und die etwaig daraus folgenden Exportbeschränkungen Chinas könnten nach Einschätzung der Fragesteller die deutsche Wirtschaft generell zum Erliegen bringen (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/sanktionen-usa-china-russland-schwarze-liste-huawei-ukraine-krieg-101.html>).

Die starke wirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf Industrierohstoffe, industrielle Basis- und Spezialmetalle, verarbeitete und weiterverarbeitete Rohstoffe aus der Volksrepublik China ist durch die Kennzahlen des Handelsvolumens mit der Volksrepublik China deutlich ersichtlich, und stellen sich wie folgt dar: Gesamthandelsvolumen mit der Volksrepublik China in Höhe von 254,4 Mrd. Euro; davon deutsche Exporte in die Volksrepublik China in Höhe von 103,6 Mrd. Euro (somit an dritter Stelle der deutschen Exportleistungen); Importe aus der Volksrepublik China in Höhe von 141,8 Mrd. Euro (somit an erster Stelle der deutschen Importleistungen) (<https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt-vom-20-maerz-2022-100.html>).

Nach Ansicht der Fragesteller könnte Deutschland zum Beispiel durch Recycling von Industrie-, Basis- und Spezialmetallen nicht nur die deutsche Abhängigkeit von Rohstoffimporten aus China und der Russischen Föderation deutlich reduzieren, sondern Deutschland könnte auch zu einem „Rohstoffland“ aufsteigen. Rohstoffen, industriellen Basis- und Spezialmetallen, die zum Beispiel in der Kommunikationsindustrie eingesetzt werden, kommt eine immense geopolitische Bedeutung zu, für die aber nach Auffassung der Fragesteller in Deutschland noch kein wirkungsvolles Nachhaltigkeitsmanagement mit geschlossenen Kreisläufen auf den Weg gebracht worden ist. Vor diesem Hintergrund könnte Deutschland nach Auffassung der Fragesteller durch Recycling von Industrierohstoffen, Basis- und Spezialmetallen seine wirtschaftliche Eigenständigkeit und Souveränität forcieren und implementieren.

Die deutsche Wirtschaft, welche maßgeblich für den Wohlstand in Deutschland verantwortlich ist, ist nach Ansicht der Fragesteller sehr fragil. Diese Fragilität wird augenscheinlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass aufgrund der starken Abhängigkeit von Drittstaaten, vorrangig hier die Volksrepublik China, die Souveränität und wirtschaftliche Eigenständigkeit Deutschlands nicht mehr gegeben scheint. Die Bundesregierung hat, vor allem in wirtschaftlichen Krisen, die Aufgabe, sich dieser Umstände anzunehmen, diese zu bewerten und Lösungsvorschläge der deutschen Bevölkerung, Wirtschaft und Industrie aufzuzeigen (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bevoelkerungsschutz/leitfaden-krisenkommunikation.pdf?__blob=publicationFile&v=4).

Dass sich ein Rohstoffmangel aufgrund von Lieferengpässen der globalen Lieferketten abzeichnen würde, war nach Auffassung der Fragesteller schon vor der Bundestagswahl im September 2021 absehbar (vgl. dazu auch <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/7/beitrag/lieferengpaesse-behindern-produktion.html>). Dennoch wurden keine geeigneten und gezielten Maßnahmen durch die Bundesregierung ergriffen, sodass sich aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung (Russische Föderation vs. Ukraine) die Rohstoff- und Lieferkettenengpässe deutlich zeigen und die Verteuerung weiter befeuert.

1. Welche Rohstoffe für die deutsche verarbeitende und weiterverarbeitende Industrie und Wirtschaft werden nach Kenntnis der Bundesregierung aus China und anderen Drittstaaten importiert, und in welcher Höhe schlagen sich diese Importe auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt nieder (bitte nach Drittstaaten und Gütern bzw. Rohstoffen aufschlüsseln)?

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) veröffentlicht jährlich den Bericht zur Rohstoffsituation in Deutschland (Rohstoffsituation 2020: www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2020.pdf). In dieser Publikation wird auch der deutsche Außenhandel betrachtet. In den Tabellen 3 bis 20 im Anhang des aktuellen Berichtes sind umfassende Informationen zu den Importen und weltweiten Lieferländern mit einem Importanteil größer als 10 Prozent zu zahlreichen Spezifikationen dargestellt. Darüber hinaus liegen keine Kenntnisse vor, in welcher Höhe diese Importe sich auf das Bruttoinlandsprodukt niederschlagen.

2. Welche Produkte und Waren, die aus der Verarbeitung und Weiterverarbeitung von importierten Rohstoffen aus China und anderen Drittstaaten in Deutschland produziert und hergestellt werden, werden nach Kenntnis der Bundesregierung von deutschen Industrie- und Wirtschaftsunternehmen exportiert, und in welcher Höhe schlagen sich diese Exporte auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt nieder?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

3. Ist der Bundesregierung bekannt, dass sich Deutschland in einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von chinesischen und anderen ausländischen (Drittstaaten) Rohstofflieferungen befindet, und wie konkret bewertet die Bundesregierung die gegenwärtige globale Wirtschaftsabhängigkeit und Wirtschaftspolitik Deutschlands vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges?

Der Bundesregierung ist die starke wirtschaftliche Abhängigkeit von chinesischen und anderen ausländischen Rohstofflieferungen bekannt. Zum zweiten Teil der Frage wird auf die Antworten zu den Fragen 4 und 5 verwiesen.

4. Plant die Bundesregierung konkrete wirtschafts- und handelspolitische Strategien im Hinblick auf eine Abkoppelung der wirtschaftlichen Abhängigkeiten der deutschen Industrie und Wirtschaft von China und anderen Drittstaaten, und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ggf. ergreifen, um dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit von China und anderen Drittstaaten entschlossen entgegenzutreten?

Die Bundesregierung setzt sich für offene Märkte sowie den freien Handel auf der Basis klarer, verlässlicher und fairer Regeln ein. Punktuelle Abhängigkeiten in strategisch wichtigen Bereichen will die Bundesregierung gezielt reduzieren. Zur Stärkung der Resilienz der Wertschöpfungsketten unterstützt sie daher eine weitere Diversifizierung der Handelsströme, insbesondere durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen. Zum Schutz vor handelsverzerrenden Praktiken und wirtschaftlichem Zwang setzt sie sich für die Stärkung geeigneter Schutzinstrumente der Europäischen Union (EU) in diesem Bereich ein. Auch der verstärkten Zusammenarbeit mit Wertepartnern kommt eine wichtige Bedeutung zu, etwa im Rahmen des Trade and Technology Council. Zur Erhöhung der strategischen Souveränität fördert die Bundesregierung im Verbund mit europäischen Partnern ergänzend Investitionen vor Ort.

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Lieferengpässe und die deutsche Lieferabhängigkeit von industriellen Basis- und Spezialmetallen im Hinblick auf die deutsche gesamtwirtschaftliche Ausgangslage vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges?

Der Bundesregierung sind einige Untersuchungen zur Rohstoffabhängigkeit bekannt, zum Beispiel die von der Deutschen Rohstoffagentur veröffentlichte sogenannte Rohstoffliste (www.deutsche-rohstoffagentur.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-49.pdf) und die EU-Liste Kritischer Rohstoffe (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0474>). Die Bundesregierung teilt die in diesen Dokumenten enthaltenen Bewertungen, nach denen sowohl die EU im Ganzen als auch die Bundesrepublik Deutschland im Besonderen bei einer Reihe von Rohstoffen von Importen abhängig ist. Die Bundesregierung teilt ebenfalls die Einschätzung, dass es dort, wo die Angebotskonzentrationen sehr hoch sind, einer Diversifizierung der Lieferquellen bedarf.

6. Plant die Bundesregierung konkrete Maßnahmen, um die Auswirkungen des Rohstoffmangels und der Rohstoffabhängigkeit als auch die Lieferengpässe und Lieferkettenabhängigkeit Deutschlands zu beseitigen, und wenn ja, welche?

Die Position der Bundesregierung ist es, Rohstofflieferketten zu diversifizieren (Diversifizierung von Importen, Ausbau von Recycling und Kreislaufwirtschaft, heimische Rohstoffgewinnung) und dadurch resilienter zu gestalten. Dabei ist ein freier Handel und somit auch der Import von Rohstoffen eine wichtige Säule, die im Übrigen auch dadurch bedingt ist, dass die Rohstoffe in der Erdkruste geografisch ungleich verteilt sind. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

7. Hat sich die Bundesregierung zur Möglichkeit des Rohstoffrecyclings generell eine Meinung gebildet, wenn ja, wie ist die Einschätzung der Bundesregierung dazu, dass durch gezieltes Recycling von Rohstoffen und industriellen Basis- und Spezialmetallen in Deutschland, Deutschland zu einem „Rohstoffland“ werden könnte, und hat die Bundesregierung diesbezügliche Planungen aufgenommen?
 - a) Wie gestalten sich ggf. die Pläne der Bundesregierung konkret in Bezug auf Wiederverwertung, Recycling und Wiederaufbereitung von industriellen Basis- und Spezialmetallen in Deutschland?
 - b) Wenn nein, wieso existieren seitens der Bundesregierung keine konkreten Bestrebungen?

Die Fragen 7 bis 7b werden gemeinsam beantwortet.

Die Entwicklung einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft ist nicht nur in Ressortprogrammen des BMUV wie dem Integrierten Umweltprogramm 2030 verankert, sondern zählt zur Programmatik zentraler Strategien des Bundes wie der Deutschen Rohstoffstrategie, dem Ressourceneffizienzprogramm, dem Abfallvermeidungsprogramm sowie der High-Tech-Strategie 2025. Die verbesserte Rückgewinnung von Rohstoffen durch Recycling, darunter auch Basis- und Sondermetalle, ist ein zentraler Anknüpfungspunkt unter der Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Weiterentwickelt werden diese Ansätze in einer neuen Kreislaufwirtschaftsstrategie, welche in dieser Legislaturperiode vorgelegt werden soll. Flankierend sieht die Bundesregierung im Deutschen Ressour-

ceneffizienzprogramm vor, eine Urban Mining Strategie vorzulegen, um die Prospektion, Exploration, Erschließung und Ausbeutung anthropogener Lagerstätten sowie die Aufbereitung der gewonnenen Sekundärrohstoffe bis hin zum gütegesicherten Wiedereinsatz in der Produktion ressourcenschonend zu sichern und die Sekundärrohstoffbasis für eine Kreislaufwirtschaft auszudehnen. Die Strategie soll das zukünftige Aufkommen und die Qualität von anthropogenen Ressourcen in einen Zusammenhang mit organisatorischen, logistischen, rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für die Bereitstellung qualitätsgesicherter, hochwertiger Sekundärrohstoffe stellen und Instrumente, Maßnahmen sowie Akteursnetzwerke einbinden und unterstützen. Basis-, Sonder- und Technologiemetalle erfahren hierbei angesichts ihrer ökologischen und wirtschaftsstrategischen Bedeutung eine gesonderte Aufmerksamkeit.

8. Wurden seitens der Bundesregierung Gespräche mit Industrie- und Wirtschaftsverbänden und/oder Industrie- und Wirtschaftsvertretern dahin gehend aufgenommen, einer Wiederverwertung, einem Recycling und einer Wiederaufbereitung von industriellen Basis- und Spezialmetallen in Deutschland den Weg zu bereiten?
 - a) Wenn ja, welche konkreten Ergebnisse und Inhalte wurden diesbezüglich mit Industrie- und Wirtschaftsverbänden und/oder deren Vertretern erzielt?
 - b) Wenn nein, warum kam es nicht dazu?

Mit Vertreterinnen und Vertretern der Metallwirtschaft wurden vom Umweltbundesamt in Forschungs- und Dialogprojekten technische, logistische, organisatorische und rechtliche Hemmnisse und entsprechende Anreize für effektivere, kooperative Lösungen und Synergien für zahlreiche relevante Basis- und Sondermetalle zur Stärkung der Sekundärrohstoffwirtschaft erörtert. Hierzu wurden die aus Produzentensicht gestellten Anforderungen an Sekundärmaterialien und deren Schad- und Störstoffentfrachtung mit allen in der Wertungskette beteiligten Akteuren diskutiert, sowie Qualitäts- und Reinheitsmaßstäbe für die jeweiligen Sekundärmetalle/-Legierungen erarbeitet. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sind umfangreich dokumentiert und aufbereitet (siehe beispielsweise: Kartierung des anthropogenen Lagers III (KartAL III), Stadtgold – Metalllager mit Zukunft und Factsheets Metalle: Das anthropogene Lager auf der Internetseite des Umweltbundesamts www.umweltbundesamt.de). Diese sollen in die zu erarbeitende Kreislaufwirtschaftsstrategie sowie die Urban Mining Strategie einfließen.

Die Bundesregierung bleibt auch weiterhin im engen Austausch mit der Metallwirtschaft, z. B. durch aktuelle Forschungsprojekte des Bundesumweltamts zur Qualitätssteigerung des Metallrecyclings, sowie im Rahmen der Dialogplattform Recyclingrohstoffe des BMWK bzw. der Deutschen Rohstoffagentur (DERA). Diese Dialogplattform ist am 17. Juni 2021 offiziell gestartet und soll in den nächsten zwei Jahren als Basis für den Austausch zwischen Industrie, Verbänden, Wissenschaft und Politik fungieren und konkrete Handlungsoptionen ausarbeiten.

9. Welche industriellen Rohstoffe, Basis- und Spezialmetalle werden derzeit in Deutschland wiederverwertet, recycelt und wiederaufbereitet, und um welche konkreten Mengen handelt es sich dabei nach Kenntnis der Bundesregierung?

Das Recycling von Basismetallen, vielen Spezialmetallen sowie ihren Legierungen ist gängige Praxis in Deutschland. Bei den Massenmetallen (Basis-

metallen) stammten im Jahr 2020, ähnlich wie in den vorherigen Jahren, etwa 44 Prozent des Kupfers und etwas 45 Prozent des Rohstahls aus sekundären Vorrohstoffen. Der Anteil an sekundärem Aluminium hat sich, vermutlich pandemiebedingt, auf circa 51 Prozent verringert. Die Produktion von Rohaluminium lag im Jahr 2020 bei fast 1,1 Millionen Tonnen (Primär: 529.056 Tonnen; Sekundär (aus Recyclingrohstoffen): 548.455 Tonnen). Im vorherigen Jahr (2019) wurden rund 1,2 Millionen Tonnen Aluminium produziert. Die Zahl für Raffinadekupfer (inklusive 358.000 Tonnen Primärkupfer und 285.000 Tonnen Sekundärkupfer) lag bei 643.000 Tonnen (Wirtschaftsvereinigung Metalle bzw. BGR-Datenbank). Im Jahr 2020 wurden in Deutschland 335.000 Tonnen Raffinadeblei (davon 58 Prozent Sekundärblei) produziert. In Deutschland wurden im Jahr 2020 161.000 Tonnen Raffinadezink produziert. Laut der Initiative Zink liegt der Sekundäranteil bei rund 27 Prozent (allerdings für Gesamteuropa).

Außerdem unterliegen Schrotte und noch funktionstüchtige Produkte wie Gebrauchtfahrzeuge einem regen Außenhandel, der je nach Metall zu einem positiven oder negativen Saldo führt. Aufgrund dieser Komplexität ist eine Berichterstattung zum detaillierten – nach einzelnen Metallen und Legierungen – gegliederten Aufkommen an Sekundärrohstoffen und der Sekundärmetallproduktion nur für wenige Basismetalle seitens der Wirtschaftsvereinigung Metalle (www.wvmetalle.de/presse/publikationen/) etabliert. Eine Einschätzung der qualitativen und quantitativen Recyclingsituation für Messing, Aluminium, Magnesium, Zinn, Zink, Edelstahl sowie Seltene Erden wird vom Umweltbundesamt (Factsheets Metalle: Das anthropogene Lager, Umweltbundesamt) und der Deutschen Rohstoff Agentur berichtet.

Eine detailliertere Stoffstrom-Berichterstattung wird ebenfalls vom Umweltbundesamt erarbeitet und in einem Sekundärrohstoffportal zur Verfügung gestellt. In Ergänzung und Erweiterung der Systematik der Abfallstatistik werden material- und stoffspezifische Verwertungswege zu Sekundärrohstoffen in Stoffstromgliederungen (so genannten Sankey-Diagrammen) und Zeitreihen aufgezeigt und anhand dessen auch tatsächliche Ressourcenschonungseffekte bilanziert. Dies basiert auf Auswertung, Zusammenfassung und Aufbereitung verfügbarer Daten – darunter Verwertungsmengen, Wertstoffgehalte, sektorbezogene und produktionsinterne Einsatz- und Handelsmengen, Stoffdissipationen sowie Im- und Exporte im Außenhandel (Sekundärrohstoffwirtschaft: Metalle, Umweltbundesamt). Im Gegensatz zu den Metallrohstoffen ist eine echte Kreislaufrückführung bei den Nichtmetallrohstoffen in den meisten Fällen nicht möglich, weil sich viele dieser nichtmetallischen Rohstoffe im Zuge des Herstellungsprozesses eines Produkts unwiederbringlich verändern. Die Rohstoffe gehen dauerhaft neue chemische Verbindungen ein und bilden neue Minerale und Mineralmenge, die ganz andere Eigenschaften als der Ursprungsrohstoff aufweisen. Das schränkt ihre Recyclingfähigkeit ein, bzw. macht Recycling gar unmöglich. So wird z. B. Ton zu Ziegeln gebrannt, aus denen jedoch niemals wieder Ton hergestellt werden kann. Weitere Beispiele sind Kalksteine, die zu Zement oder Branntkalk verarbeitet worden sind, oder Kaolin und Feldspat, die zur Herstellung von Keramik verwendet wurden. Die meisten nichtmetallischen Rohstoffe sind im strengen Sinn daher nicht recycelbar. Häufig lassen sich jedoch die aus ihnen hergestellten Produkte als Substitute für primäre Rohstoffe wieder in den Wirtschaftskreislauf einbringen. Prominente Beispiele hierfür sind Glas und Baumaterialien.

Steine und Erden werden beispielsweise überwiegend in der Bauindustrie, in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, als Zuschlagstoffe bei der Herstellung von Baustoffen oder in geringwertigerer Form im Erd- und Straßenbau verwendet. Insgesamt wurden 2018 (letzte Erhebung, Kreislaufwirtschaft Bau 2021) 218,8 Millionen Tonnen mineralische Bauabfälle erfasst. Den überwie-

genden Anteil machen hier Boden und Steine aus (59,6 Prozent) gefolgt von Bauschutt (27,3 Prozent), Straßenaufbruch (6,4 Prozent) und Baustellenabfällen (6,4 Prozent). Der Rest entfällt auf Bauabfälle auf Gipsbasis (0,3 Prozent). 73,3 Millionen Tonnen der Gesamtmenge wurden 2018 recycelt, das entspricht etwa einem Drittel. Die Unterschiede zwischen den Fraktionen sind jedoch sehr groß. Während 93,2 Prozent des Straßenaufbruchs und 77,9 Prozent des Bauschutts recycelt wurden, liegen die Werte für Boden und Steine (10,2 Prozent), Baustellenabfälle (1,8 Prozent) und Bauabfälle auf Gipsbasis (4,7 Prozent) deutlich darunter. Rechnet man jedoch die verwerteten Anteile hinzu, so wurden 2018 196,3 Millionen Tonnen recycelt oder verwertet, das entspricht circa 89,7 Prozent der Gesamtmenge (alle Daten: Kreislaufwirtschaft Bau 2021).

Quellen: www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2020.pdf; <https://kreislaufwirtschaft-bau.de/>.

10. Verfolgt die Bundesregierung bereits konkrete Pläne in Bezug auf international nutzbare Zugänge zu industriellen Rohstoffen, Basis- und Spezialmetallen vor dem Hintergrund, dass Deutschland diese vor allem aus China bezieht, und wenn ja, welche?
11. Wurden von der Bundesregierung bereits Gespräche mit anderen Drittstaaten in Bezug auf Erschließung und/oder Importe von industriellen Rohstoffen bzw. Basis- und Spezialmetallen geführt?
 - a) Wenn ja, mit welchen Drittstaaten wurden diesbezüglich Gespräche im Sinne und im Interesse der deutschen Wirtschaft und Industrie mit welchen Inhalten und Ergebnissen geführt, und welche konkreten Erkenntnisse konnte die Bundesregierung daraus gewinnen?
 - b) Wenn nein, warum nicht, und sind solche Gespräche durch die Bundesregierung geplant, und wann werden diese Gespräche im Sinne und im Interesse der deutschen Wirtschaft und Industrie geführt werden?

Die Fragen 10 und 11 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung befindet sich auf vielen Hierarchieebenen im kontinuierlichen Dialog mit anderen Ländern über ein breites Spektrum wirtschaftspolitischer Themen. In diesen Gesprächen wird zum Teil – und in letzter Zeit verstärkt – auch über vielfältige Aspekte des Themas der mineralischen Rohstoffe gesprochen.

Konkrete Pläne zur Sicherung ausländischer Rohstofflagerstätten liegen nicht vor. Im Übrigen sind die Unternehmen in erster Linie selbst dafür verantwortlich, ihre Rohstoffversorgung sicherzustellen. Die Bundesregierung flankiert diese Bemühungen. So fördert sie z. B. insgesamt acht Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe an den Auslandshandelskammern rohstoffreicher Länder, die die Wirtschaft zu allen Fragen rund um das Thema mineralische Rohstoffe beraten. Mit den Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK-Garantien) sichert die Bundesregierung Kreditgeber von Rohstoffvorhaben im Ausland gegen wirtschaftliche und politische Kreditausfallrisiken ab. Die Vorhaben müssen der Erhöhung der Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland mit Rohstoffen dienen und setzen voraus, dass auf der Grundlage von langfristigen Lieferverträgen mit inländischen Abnehmern Rohstoffe nach Deutschland gebracht werden, an deren Bezug ein gesamtwirtschaftliches Interesse besteht. Somit tragen die UFK-Garantien der Bundesregierung zur Sicherung der Rohstoffversorgung deutscher Unternehmen bei.

12. Plant die Bundesregierung konkrete Maßnahmen im Sinne und im Interesse der deutschen Wirtschaft und Industrie, um die wirtschaftliche Eigen- und Selbständigkeit und Souveränität vor dem Hintergrund der globalen politischen Lage zu verbessern und wieder herzustellen, und wenn ja, welche?
13. Plant die Bundesregierung vor dem ausgeführten Hintergrund konkrete, geeignete und gezielte Maßnahmen, damit der wirtschaftliche Wohlstand in Deutschland erhalten bleibt, und wenn ja, welche?

Die Fragen 12 und 13 werden gemeinsam beantwortet.

Auf die Antworten zu den Fragen 4 und 6 wird verwiesen.